Spendenaktion für Wohnprojekt mit Geld-zurück-Garantie

Verein will Ledigenheim Rehhoffstraße kaufen und umbauen

NEUSTADT:: Sie wollen das Ledigenheim an der Rehhoffstraße als alternatives und gemeinnütziges Wohnprojekt erhalten. Jetzt erleben Antje Block und Jade Jacobs von der Nachbarschaftsinitiative Ros e. V. einen kuriosen Seitenwechsel bei ihren Verhandlungspartnern: Der Investor – einst als "Heuschrecke" gefürchtet - steht mittlerweile voll hinter ihnen. Potenzielle Unterstützer wenden sich aber hinter ihrem Rücken mit Kaufgesuchen und eigenen Konzepten an den Investor.

Eigentlich hätte die Initiative bis Jahresende 300.000 Euro auftreiben müssen – als Eigenkapitalanteil für den Kauf des Hauses. Ihr Ziel ist nämlich, in dem 1928 errichteten Männerwohnheim ein neues Wohnprojekt zu etablieren. Es soll Studenten, Obdachlosen und den alteingesessenen Bewohnern, die dort teilweise seit Jahrzehnten wohnen, gleichermaßen offenstehen. Auf diese Idee hatte sich der Investor Core Property nach anfänglichem Zögern schließlich eingelassen.

Das dänische Unternehmen, das ursprünglich geplant hatte, in dem historischen Backsteinbau Single-Apartments einzurichten, spendete sogar 25.000 Euro (wir berichteten). Als absehbar war, dass die Initiative das Geld nicht rechtzeitig aufbringen kann, kam Core Property ihr entgegen, indem die Vorkaufsfrist verlängert wurde.

Doch kaum ist der Initiative diese Sorge genommen, taucht die nächste auf. "Das Projekt lockt Leute an, die nicht an einem Erhalt, sondern an einer Übernahme interessiert sind", sagt Jade Jacobs. Eine Stiftung, ein Hamburger Mäzen und ein Immobilienentwickler hatten sich zunächst als Interessenten ausgegeben, sich aber nach ersten Gesprächen mit der Initiative mit eigenen Konzepten an den Investor gewandt.

Abgesehen davon sind Antje Block und Jade Jacobs ihrem Ziel, das Ledigenheim zu kaufen und mit einer Stiftung zu betreiben, schon ein gutes Stück nähergekommen. Rund 100.000 Euro, also ein Drittel der erforderlichen Summe, haben sie durch Kleinspenden zusammenbekommen. Außerdem dürfen Bewohner und Initiative mittlerweile bei der Auswahl der Mieter mitreden.

Früher gehörte es zu den Besonderheiten des Ledigenheims, dass die Hausgemeinschaft über neue Mitbewohner entschied. Im Zuge mehrere Eigentumswechsel fiel das weg, ebenso wie der regelmäßige Wäscheservice. Stattdessen kamen in den letzten Jahren zu den Seeleuten und Monteuren, die teilweise schon seit vielen Jahrzehnten in dem 120-Zimmer-Haus leben, etliche von der Sozialbehörde vermittelte Wohnungslose, die teilweise großen Unfrieden in die Hausgemeinschaft trugen. "Das wird jetzt langsam wieder besser", sagt Jade Jacobs. Das liegt auch daran, dass teilweise ein Sozialarbeiter vor Ort ist.

Bezirk, Kommunalpolitiker und etliche Einrichtungen unterstützen das Vorhaben. "Es ist nach wie vor das spannendste Projekt in Hamburg-Mitte", sagt Bezirksamtsleiter Andy Grote (SPD). "Wir werden unser Bestes tun, dazu beizutragen, dass es ungesetzt wird." Der Bezirk hat großen Einfluss: nicht nur durch die soziale Erhaltensverordnung und das Baurecht, sondern letztendlich auch durch das Vorkaufsrecht der Stadt.

Auf Antrag der SPD wurde auf der letzten Bezirksversammlung beschlossen, die Nachbarschaftsinitiative mit 36.000 Euro aus Bezirksmitteln zu unterstützen. "Wir haben uns zu dem Projekt bekannt, nun wollen wir auch ein Zeichen setzen", sagt der Abgeordnete Arik Willner. 30.000 Euro sollen dafür verwendet werden, Jade Jacobs und Antje Block beim Fundraising zu unterstützen. "Die beiden machen das neben ihren vielen anderen beruflichen und ehrenamtlichen Aktivitäten. Wir möchten ermöglichen, dass sich jemand professionell darum kümmert", sagt Willner. Auch ein Teil der Umbaukosten soll mit dem Geld bezahlt werden.

"Das Gelingen wird nun davon abhängen, ob sich noch weitere kleine, vor allem aber auch große finanzielle Unterstützer melden", sagt Jade Jacobs. Unter www.rehhoffstrasse.de wird über das Projekt informiert. Für Spenden steht bei der Kanzlei Klingner&Koll ein Treuhandkonto zur Verfügung (GLS Bank, IBAN DE22 4306 0967 2029 2864 00, BIC GENODEM1GLS; als Verwendungszweck bitte Kontaktadresse angeben). Kommt das Projekt nicht zustande, werden die Spenden spätestens Ende 2014 zurückgezahlt. (fru)



Antje Block und Jade Jacobs im Eingang des 120-Zimmer-Hauses Foto: Bodig



Am Montag in der Sondersitzung des Familienausschusses im Rathaus (v. l.): Sozialsenator Detlef Scheele, der Bezirksamtsleiter in Eimsbüttel, Torsten Sevecke (SPD) und der Bezirksamtsleiter von Hamburg-Mitte, Andy Grote (SPD)

Senator kritisiert Bezirkschef

Nach Tod von Yaya: Detlef Scheele (SPD) und die CDU bezeichnen erste Aussage von Andy Grote zum Fall als vorschnell

SASCHA BALASKO

HAMBURG:: Fünf Tage nach dem tragischen Tod der drei Jahre alten Yagmur Y., genannt Yaya, ist der Familienausschuss der Bürgerschaft zu einer Sondersitzung zusammengekommen. Sozialsenator Detlef Scheele (SPD), die SPD-Bezirksamtseiter Andy Grote (Mitte), Torsten Sevecke (Eimsbüttel) und Arne Dornquast (Bergedorf) mit den jeweiligen Jugendamtsleitern stellten sich den Fragen der Abgeordneten.

Doch die blieben am Ende unzufrieden zurück. Die alles entscheidenden Fragen, wer, wann und warum entschieden hat, das Mädchen wieder in die Obhut seiner leiblichen Eltern zu geben, wurden nicht beantwortet.

Wie berichtet, starb Yaya vergangenen Mittwoch an den Folgen eines Leberrisses, den ihr Vater ihr mit Schlägen zugefügt haben soll. Yaya war nach der Geburt zunächst in die Obhut einer Pflegemutter gekommen, weil sich die leibliche Mutter überfordert fühlte. Obwohl das Kind Anfang dieses Jahres wegen einer schweren Kopfverletzung notoperiert wurde und die Ursache staatsanwaltlich ermittelt wurde, kam

Yaya im Sommer zu ihren Eltern zurück. "Man kann es gar nicht fassen, was da passiert ist. Und das zwei Wochen, nachdem der Abschlussbericht im Fall Chantal vorgestellt wurde", sagte

> Man kann nicht erwarten, dass man so kurz danach weiß, wie es dazu gekommen ist.

Detlef Scheele, Sozialsenator

Scheele. Es handele sich um einen besonderen Vorgang, weil mehrere Jugendämter beteiligt gewesen seien. Scheele sagte, dass genauere Erkenntnisse noch nicht vorlägen, wer weshalb welche Entscheidung getroffen habe. Dies untersuche nun die Jugendhilfeinspektion, welche nach dem Fall der an einer Methadonvergiftung gestorbenen Chantal eingeführt worden war.

Scheele sagte, dass untersucht werden müsse, ob die Maßnahmen, die nach dem Tod Chantals eingeführt wurden, ausreichend seien oder ob es

"strukturelle Veränderungen" geben müsse. Gemeint ist damit die Praxis, nach der eine Rückkehr von Pflegekindern in ihre leiblichen Familien grundsätzlich angestrebt wird. "Aber das kann erst passieren, wenn wir den Fall genau kennen", sagte Scheele.

Indirekt ging der Sozialsenator auch auf Aussagen von Mitte-Bezirksamtsleiter Andy Grote ein, der nur wenige Stunden nach dem Tod Yayas gesagt hatte, dass es keine Erkenntnisse über Gefahren für das Kind gegeben habe. Scheele: "Man kann nicht erwarten, dass man so kurz danach weiß, wie es dazu gekommen ist." Entsprechende Aussagen werde man im weiteren Aufklärungsprozess "nicht wieder los". Auch der CDU-Abgeordnete Christoph de Vries kritisierte Grotes Äußerung: "Es ging bei dieser Aussage nicht darum, das Kindeswohl zu verbessern, sondern Verantwortung und Druck von sich zu weisen."

Grote selbst sagte am Montag, dass es zu dem fraglichen Zeitpunkt ein "großes Informationsbedürfnis seitens der Medien" gegeben habe. "Wenn der Eindruck entstanden sein sollte, dass die Verantwortung weggeschoben werden

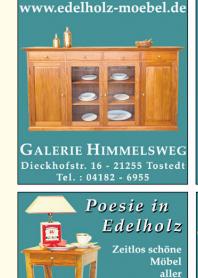
sollte, dann bedauere ich dies." Vielmehr stehe er zu der Verantwortung, den Fall aufzuklären. "Wir werden die Zeit des Jugendamtes Mitte genau und kritisch hinterfragen." Er selbst sei "sehr erschüttert, weil wir das Mädchen nicht schützen konnten".

Unterdessen wird Melek Y., die Mutter von Yaya, mindestens über Weihnachten im Untersuchungsgefängnis bleiben. Ursprünglich wollte das Landesgericht am Montag über eine Haftverschonung entscheiden, hat dies aber auf den 27. Dezember vertagt. Vorausgegangen war eine Entscheidung des Amtsgerichts auf Antrag der Anwältin der Mutter. Danach hätte Melek Y. gegen Meldeauflagen das Untersuchungsgefängnis verlassen dürfen. "Wir haben Beschwerde gegen den Verschonungsbeschluss eingelegt, weil wir der Auffassung sind, dass der Haftbefehl weiterhin vollzogen werden muss", sagte Oberstaatsanwalt Carsten Rinio.

Gegen die 26 Jahre alte Mutter liegt ein dringender Tatverdacht wegen Körperverletzung mit Todesfolge durch Unterlassen vor. Yayas Vater ist des Totschlags dringend verdächtig. Hüseyin Y. streitet die Vorwürfe ab.

Die Empfehlung

www.empfehlungen.abendblatt.de



www.himmelsweg.de



Allen Kunden und

Freunden unseres Hauses wünschen wir ein

Frohes <











zzgl. MwSt. ohne Farbeinschränkung. Anzeigenschluss: freitags

Telefon 040/3 47-2 71 76 einzelhandelsanzeigen@abendblatt.de

Hamburger Abendblatt



